

Prof. Dr. Jürgen Wilhelm

Ansprache für „forum 321“ am 11.12.2024 im Wallraf-Richartz Museum

Meine Damen und Herren,

was ist eigentlich los mit unserer Demokratie und wie steht es mit der Freiheit?

Was ist eigentlich los in Europa, was geschieht in der Welt?

Wie wird sich Syrien entwickeln? Ähnlich enttäuschend wie der Iran oder wie Libyen oder doch eher offen, parlamentarisch und mit Beachtung von Menschenrechten?

Wieso führt der von Terroristen angezettelte Krieg in Israel weltweit und damit auch in Deutschland zu neuem Antisemitismus?

600 Jahre nach der Ausweisung der Juden aus Köln greifen wir heute aktuelle Fragestellungen auf, auch wenn sich die Parallelen nicht aufdrängen, hat die damalige Entscheidung einiges mit Heutigem gemeinsam.

Im Grunde müsste man sich allerdings mit derart vielen Problemen unserer Gesellschaft gleichzeitig beschäftigen, was jedoch den Rahmen jeglicher Veranstaltung sprengen würde. Deshalb will auch ich dieser Versuchung nicht erliegen.

Aber die Frage bleibt im Raum!

Weshalb zeigen sich große Demokratien seit einigen Jahren derart anfällig für Lügen, rechte Propaganda, Antisemitismus?

Es gibt darauf keine einfache und erst recht keine eindimensionale Antwort.

In Deutschland sind es auch nicht nur die Wähler der AfD, die sich selbst von den öffentlich gewordenen Vertreibungsfantasien ihrer Partei, dem von der Staatsanwaltschaft ins Visier genommenen korrupten und strafrechtlich

relevanten Verhalten von Spitzenkandidaten der Europawahl, den offen rassistischen und ausländerfeindlichen Äußerungen und radikalen Praktiken nicht abschrecken lassen – die sie vielleicht gerade deshalb wählen.

Tatsächlich zeigt die Forschung, dass autoritäre, rassistische, neofaschistische und antisemitische Einstellungen in allen Bevölkerungs- und Wählergruppen erschreckend weit verbreitet sind. Diese Haltungen, die zumeist einhergehen mit der Ablehnung von Reformen und einer von Neid, Missgunst und Hass geprägten faktenverweigernden Haltung, finden in den sog. sozialen Netzwerken einen fruchtbaren Nährboden.

Wir dürfen es uns also nicht so leicht machen, die bestehenden Probleme als Randphänomene abzutun, wie das vielleicht vor einigen Jahren noch möglich war.

Die Zeiten haben sich nämlich dramatisch geändert. Wir haben in einer Zeit gelebt, in der sich glauben ließ, der Aufschwung der freiheitlichen Demokratien mit ihren starken universellen Menschenrechten sei unvermeidlich, geradezu zwangsläufig. Aber das stimmt nicht mehr. Ihre jahrzehntelange Dominanz in Westeuropa war das Ergebnis zweier Weltkriege, die von Monarchien und Diktatoren, von Konservativen und Reaktionären ausgelöst wurden.

Weil aber die Demokratie sich nicht von selbst weiterentwickelt, muss sie immer wieder verteidigt werden. Das spüren wir mittlerweile alle.

Aber setzen wir es auch in konkrete Politik um?

Ich habe erhebliche Zweifel, ob über die Lippenbekenntnisse hinaus die Verantwortlichen in Berlin, Brüssel und anderswo eine Strategie gegen die Demokratieverächter in mittlerweile allen europäischen Staaten haben. Zweifellos nehmen sie das Risiko ernst.

Aber was tun sie, was tun wir konkret dagegen?

Denn: Freiheit ist schwierig.

Sie gibt dem Menschen Raum, aber sie lässt ihn auch allein.

Sie bietet keine Geborgenheit; sie bedient ziemlich viel nicht, was der Mensch braucht.

Zum Beispiel keine autoritäre Führung, die allen sagt, wo es lang geht, eine möglichst maskuline Führung, wie wir gerade wieder in den USA gesehen haben.

- Demokratie atomisiert die Gesellschaften, schreibt ihnen, von Minderheiten geradezu militant ideologisch verkündet, unter dem heuchlerischen Begriff der Political Correctness vor, wie sie denken und handeln und schreiben und sprechen sollen. Aber die Demokratie gibt jedermann auch die Möglichkeit, sich daran nicht zu halten. Niemand wird gezwungen, jeden hysterischen Sprach-Unsinn mitzumachen.
- Demokratie reißt Hierarchien nieder, entmachtet alte Institutionen, wie die Religion, die - bei allen Zweifeln - den Menschen für Jahrhunderte Orientierung gab.
- Demokratie lässt vieles zu, beinahe alles. Diese freiheitliche Staatsform verlangt jedoch auch, will sie Bestand haben, die eigene Rolle in ihr zu finden.

Denn die Freiheit hat viele Feinde.

Neuer Faschismus und Rechtsradikalität haben unmittelbar etwas mit der Furcht vor der Freiheit zu tun.

Sie gründen auf den Entwicklungen der letzten Jahre:

Weltfinanzkrise, Eurokrise, Corona, Migration, Klimawandel, Ukraine-Krieg, Nahost-Konflikt. Damit einhergehend kehren auch alte Stereotype wie der Antisemitismus wieder, der – obwohl er latent stets da war - nach Jahrzehnten der Tabuisierung allmählich immer lauter und radikaler werdend, Platz greift.

Die AfD greift ebenso wie ihre Glaubensbrüder in Italien, Frankreich, den Niederlanden, Ungarn, den USA und weiteren Staaten diese Situation

systematisch auf und verspricht Lösungen, die wir populistisch nennen, aber offenbar einen gefährlichen Reiz ausüben.

Die systematische Enttabuisierung von Themen betreiben diese Parteien seit Jahren konsequent. Und sie sind damit schrecklich erfolgreich, weil sie den Wunsch vieler nach schematischer Einfachheit und heiler Welt und Führung auf das Brutalste bedienen. Sie propagieren den Traum, eine alte nationale Größe wiederherzustellen, die es so niemals gab und deren Protagonisten die Menschen in zwei verheerende Weltkriege geführt haben.

Zu solch einer Politik braucht es Feindbilder. Große Teile der AfD sehen diese in der jeweiligen Regierung, in der EU und eben auch immer wieder im jüdischen Staat. Unausrottbare Verschwörungstheorien und Mythen kursieren im Internet.

In der kürzlich veröffentlichten Studie zum Antisemitismus in NRW im Jahr 2024 gaben 46 % der Befragten mindestens in kodierter Form an, einen zu großen jüdischen Einfluss in der Welt wahrzunehmen. 38 % der Befragten setzen tendenziell die israelische Politik mit der des nationalsozialistischen Deutschlands gleich. Man stelle sich das bitte einmal vor! Welch gruselige Realitätsverweigerung!

Rund 40 % der Befragten geben an, dass ihnen „durch die israelische Politik [...] die Juden immer unsympathischer“ werden.

Das sind wahrlich furchterregende Ergebnisse. Aber Furcht darf nicht unsere Reaktion sein! Wer die militärische Reaktion Israels mit dem Holocaust gleichsetzt, relativiert in ungeheuerlicher Weise die staatlich gesteuerte Ermordung von sechs Millionen Menschen und hat offenbar keinen moralischen und politischen Kompass.

Wer meint, in Deutschland lebende Juden für die Politik des israelischen Staates haftbar machen zu können, redet und handelt antisemitisch. Um es aber wieder und wieder zu sagen: Wer die konkrete Politik der israelischen Regierung kritisiert und viele Entscheidungen der letzten Monate nicht gutheißt, wird damit

nicht zum Antisemiten. So wie zehntausende Israelis Tag für Tag, Woche für Woche in Jerusalem und Tel Aviv demonstrieren, weil sie es in der einzigen Demokratie des Nahen Ostens dürfen, so ist es selbstredend auch hier erlaubt, Kritik am Handeln der israelischen Regierung zu äußern. Sowenig wie man zum Versteher der Hamas wird, wenn einen die vielen zivilen Toten in Gaza dauern und aufwühlen, so wenig wird man zum Antisemiten, wenn man der Regierung von Netanjahu kritisch gegenübersteht.

Wer jedoch einseitig oder gar böse einer Täter-Opfer-Umkehr das Wort redet, wer die Terroristen zu legitimen Widerstandskämpfern stilisiert, wer in Deutschland oder sonst wo Juden beleidigt, verängstigt, angreift, diskreditiert, ist ein Antisemit! Wer das legitime Selbstverteidigungsrecht des israelischen Staates grundsätzlich leugnet, das ist ein Antisemit! Und wer unter dem Deckmantel des BDS in Deutschland – gerade hier in unserem Land! – den Nazi-Slogan „Kauft nicht bei Juden“ wiederholt, ist ein Antisemit. Und wer unter dem Deckmantel der „Freiheit der Kunst“ antisemitische Kunstwerke zeigt oder Unterstützung für Terroristen propagiert, spricht dieser Freiheit Hohn.

Demokratie darf eben auch nicht naiv sein!

Die Situation ist schwierig, sie ist komplex und es fällt schwer, sie differenziert zu beurteilen. Aber genau das muss geschehen.

Denn wehe den schrecklichen Vereinfachern, die für komplexe Sachverhalte nur destruktiven Hass zur Verfügung haben!

Die Neonazis um Höcke und Co. haben erschreckenden Zulauf, obwohl sie für kein einziges Problem einen realistischen Lösungsansatz bieten. Was aber auch gar nicht deren Strategie ist. Die AfD hat, wie alle faschistischen Parteien vor ihr und mit ihr, überhaupt nicht das Ziel, sich im Rahmen der demokratischen Regeln am Wettbewerb um die beste Lösung zu beteiligen. Ihnen genügen Destruktion, Ausländerfeindlichkeit, Leugnung des Klimawandels, propagandistische Lügen, Hass und systematische Tabubrüche – häufig mit Unterstützung Russlands.

Nichts davon bringt unsere Gesellschaft voran. Im Gegenteil: die Zivilgesellschaften sind zunehmend gespalten.

Was also ist zu tun?

1.) Die, die unsere Demokratie benutzen, um sie abzuschaffen, müssen mit allen Mitteln des Rechtsstaates bekämpft werden. Dazu gehört neben der notwendigen politischen Auseinandersetzung auch das schwierige Verfahren eines Verbots. Das Grundgesetz sieht aufgrund der Nazi-Erfahrung dieses Verbot ausdrücklich vor, und deshalb muss es Anwendung finden können, auch wenn es gute Gründe gibt, den Ausgang angesichts der Praxis der Bundesgerichte eher skeptisch zu sehen.

2.) Keine Angst also vor dem Gang nach Karlsruhe!

3.) Denn eines darf nicht noch einmal geschehen. Die Demokratie darf sich ihren Feinden nicht hilflos oder gar naiv ausliefern. Sonst kehrt wieder, was Goebbels 1935 sagte, den ich hier, wenn auch mit Widerwillen, zitiere:

„Das wird immer einer der besten Witze der Demokratie bleiben, dass sie ihren Todfeinden die Mittel selber stellte, durch die sie vernichtet wurde. Die verfolgten Führer der NSDAP traten als Abgeordnete in den Genuss der Immunität, der Diäten und der Freifahrkarte. Dadurch waren sie vor dem polizeilichen Zugriff gesichert, durften sich mehr zu sagen erlauben als gewöhnliche Staatsbürger und ließen sich außerdem die Kosten ihrer Tätigkeit vom Feinde bezahlen. Aus der demokratischen Dummheit ließ sich vortrefflich Kapital schlagen.“¹

Lassen wir es nie wieder so weit kommen!

¹ Zitiert nach Heribert Prantl aus einem 1935 veröffentlichten Text von Goebbels